

Niederschrift

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen

am Mittwoch, 24.06.2015 von 15:00 Uhr bis 15:47 Uhr in: Sitzungssaal Neues Rathaus, D.-Martin-Luther-Straße 1

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass sämtliche Mitglieder des Ausschusses/des Plenums ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder sind aus der Anwesenheitsliste ersichtlich.

Anwesende:

Herr Walter Erhard -
Frau Irmgard Freihoffer -
Herr Armin Gugau -
Herr Norbert Hartl -
Herr Hans Holler -
Frau Margit Kunc -
Frau Christa Meier -
Frau Gabriele Opitz -
Herr Dr. Klaus Rappert -
Herr Günther Riepl -
Frau Dagmar Schmidl -
Herr Benedikt Suttner -
Herr Hermann Vanino -
Herr Joachim Wolbergs -
Herr Dr.-Ing. Josef Zimmermann -

Abwesende:

Herr Dr. Tobias Hammerl -
Herr Christian Schlegl -

Vertretung: Hr. Stadtrat Akili

Vertretung: Hr. Stadtrat Lehner

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Vollzug der Baugesetze;
Verzeichnis der im Amtsweg behandelten Baugesuche und Vorbescheide
- Veröffentlichung unzulässig, Art. 84 BayBO -
Vorlage: VO/15/11046/63
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann

- 3 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 193 - Guerickestraße (ehemaliges Betonwerk - LERAG)
- Aufstellungsbeschluss § 2 Abs. 1 BauGB i. V. mit § 13 a BauGB
- Beteiligung der Öffentlichkeit § 13 a Abs.3 S.1 Nr.2 BauGB
Vorlage: VO/14/10593/61
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann

- 4 Fahrradverleihsystem
Vorlage: VO/15/10995/61
Berichtersteller/in: Planungs- und Baureferentin Schimpfermann

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Diskussion:

Herr Oberbürgermeister Wolbergs informiert, dass die Niederschrift der Sitzung vom 14.04.2015 zur Genehmigung am Protokolltisch aufliegt. Wenn bis zum Ende der Sitzung keine Einwände erhoben werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 2 **Vollzug der Baugesetze;
Verzeichnis der im Amtsweg behandelten Baugesuche und Vorbescheide
- Veröffentlichung unzulässig, Art. 84 BayBO -
Vorlage: VO/15/11046/63**

Diskussion:

Frau Stadträtin Meier möchte zu Nr. 27 wissen, was an der denkmalgeschützten Fassade geändert werde.

Herr Frohschammer antwortet, es würden teilweise neue Fenster eingebaut. Dies sei mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt.

Herr Stadtrat Suttner fragt zu Nr. 27, ob die Fassadenstruktur im Erdgeschoss erhalten bleibe, da diese unter Denkmalschutz stehe.

Herr Oberbürgermeister Wolbergs verweist auf die Antwort von Herrn Frohschammer.

Herr Stadtrat Lehner erkundigt sich zu Nr. 29, ob es von Seiten der Stadt gewünscht sei, dass in Regensburg weitere Wettbüros eröffnet würden.

Herr Oberbürgermeister Wolbergs erwidert, dass man zwar gegen die Errichtung von Wettbüros sei, aber es gebe keine rechtliche Handhabe für ein Verbot und die Genehmigung habe deshalb erteilt werden müssen..

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

- zu 3 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 193 - Guerickestraße (ehemaliges Betonwerk - LERAG)**
- Aufstellungsbeschluss § 2 Abs. 1 BauGB i. V. mit § 13 a BauGB
- Beteiligung der Öffentlichkeit § 13 a Abs.3 S.1 Nr.2 BauGB
Vorlage: VO/14/10593/61

Diskussion:

Frau Stadträtin Kunc möchte wissen, wie die 20%-Quote für den sozialen Wohnungsbau umgesetzt werde.

Sie fragt, wer für die Entsorgung der Altlasten verantwortlich sei.

Beim Rahmenkonzept für den Inneren Osten fehle die Querung zum Candis-Areal. Sie fragt, ob diese noch eingearbeitet werden könne.

Außerdem erkundigt sie sich, ob es möglich sei, die geplante Wiese in Richtung Ostpark zu verschieben. So könne die Wegeverbindung zur Landshuter Straße umgesetzt werden.

Sie möchte wissen, ob die Abstandsflächen mehr begrünt werden könnten.

Herr Stadtrat Hartl teilt mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Aufstellung des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren begrüße. Es sei sehr positiv, dass die Randbebauung als Lärmschutz angesehen werden könne.

Er regt an, Punkt 3 des Beschlussvorschlags wie folgt zu ändern: „Die im Bericht dargestellten Planungsziele, die Bestandteil dieses Beschlusses sind, werden beschlossen. Beiliegendes Entwicklungskonzept ist Grundlage des weiteren Verfahrens.“

Durch diese Änderung sei es möglich, Einzelheiten im weiteren Verfahren zu klären. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage, unter Berücksichtigung der geänderten Formulierung, zu.

Herr Stadtrat Suttner informiert, die ÖDP-Stadtratsfraktion begrüße die Umstrukturierung des ehemaligen Industrieareals in ein Wohngebiet. Es sei ein erheblicher Vorteil, dass die Fläche bereits versiegelt sei und somit kein weiterer Flächenverbrauch durch die Wohnbebauung entstehe.

Da es sich um einen wesentlichen Teil der Entwicklung im Inneren Osten handle, sei es wichtig, eine Bürgerbeteiligung und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Er fragt, ob Altlasten vorhanden seien. Die ÖDP-Stadtratsfraktion beantragt, den Bebauungsplans im normalen und nicht im beschleunigten Verfahren aufzustellen.

Frau Stadträtin Freihoffer ist der Meinung, bei der Randbebauung müssten die Zimmer in Richtung der Gleise als Funktionsräume wie Bäder und Küchen geplant werden. Außerdem sehe sie die, durch den Güterverkehr verursachten, Erschütterungen als Problem.

Sie habe ebenfalls Bedenken bezüglich des beschleunigten Verfahrens und bittet um Erläuterung, warum auf die Umweltprüfung verzichtet werde.

Frau Stadträtin Schmidl teilt mit, die CSU-Stadtratsfraktion begrüße die Aufstellung des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren. Zu den geplanten 125 Stadthäusern möchte sie wissen, ob diese Häuser auch für Familien geeignet seien.

Herr Stadtrat Riepl sagt, die Stadtratsfraktion der Freien Wähler sehe die Planungen bezüglich dieser Brachfläche als wichtige städtische Entwicklung. Er erinnert, dass heute nur der Aufstellungsbeschluss gefasst werde. Detailfragen seien zu einem späteren Zeitpunkt zu klären.

Er vermisse den Überweg zum Candis-Quartier. Die im Rahmenplan eingezeichnete Fläche für Bahnanlagen deute eine mögliche Errichtung eines Bahnhaltdepot an. Er regt an, die Wegebeziehung von Nord nach Süd im Umgriff des Aufstellungsbeschlusses vorzusehen.

Frau Stadträtin Opitz begrüßt die Anwendung des beschleunigten Verfahrens. Die Details seien zu einem späteren Zeitpunkt zu besprechen. Die Umwandlung eines Industriegeländes in eine Wohnbebauung sei die bestmögliche Lösung.

Frau Schimpfermann berichtet, es fände auch im beschleunigten Verfahren eine frühzeitige Bürgerbeteiligung statt. Die Stadt führe diese freiwillig durch. Die Umweltbelange seien ebenfalls abzuarbeiten.

Die Querung zum Candis-Areal sei im Rahmenkonzept durch die lilafarbene Fläche erkennbar. Die Gespräche mit der Bahn hinsichtlich des vorgesehenen Bahnhaltepunkts hätten ergeben, dass dieser nicht möglich sei. Die Entfernung zum Hauptbahnhof sei zu gering. Zur Bahnlinie hin sei eine sechsgeschossige Mantelbebauung als Lärmschutz notwendig. Es gebe sehr gute Beispiele für eine Lärmschutzbebauung mit der Orientierung der Aufenthaltsräume nach Südwest, so dass diese nicht vom Lärm betroffen seien.

Die geplanten Stadthäuser seien durchaus für Familien geeignet.

Der Grünflächenanteil sei vergleichbar mit dem Gebiet Candis I. Durch die Entwicklung der öffentlichen Grünfläche im Zusammenhang mit der Bezirkssportanlage Ost werde das Grünflächenangebot in diesem Gebiet noch großzügiger.

Die Dichte bewege sich mit der GFZ von 1,2 unter den Werten der Obergrenze der Baunutzungsverordnung. Das punktuell angedeutete siebte Geschoss solle der Bebauung eine Gliederung verleihen.

Die Flächen für den sozialen Wohnungsbau würden erst im Auslegungsbeschluss abgebildet.

Herr Stadtrat Riepl ist der Meinung, eine Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zwischen Süden und Norden sei sinnvoll.

Herr Stadtrat Sutter erklärt, dass die ÖDP-Stadtratsfraktion den Bebauungsplan mittragen könne. Er halte jedoch den Antrag aufrecht, dass nicht im beschleunigten Verfahren agiert werde. Deshalb solle Nr. 2 im Beschlussvorschlag gelöscht und Nr. 4 und 5 entsprechend angepasst werden.

Herr Oberbürgermeister Wolbergs schließt die Debatte und geht zur Abstimmung über. Zuerst lässt er über den Antrag von Herrn Stadtrat Suttner abstimmen.

Zustimmung: ÖDP-Stadtratsfraktion

Ablehnung: mit Stimmenmehrheit

Der Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Suttner ist somit abgelehnt. Anschließend stellt Herr Oberbürgermeister Wolbergs fest, dass der von der Verwaltung vorgeregte Beschlussvorschlag in Punkt 3 wie folgt geändert wird: „Die im Bericht dargestellten Planungsziele, die Bestandteil dieses Beschlusses sind, werden beschlossen. Beiliegendes Entwicklungskonzept ist Grundlage des weiteren Verfahrens“. Er lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Zustimmung: einstimmig

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt:

1. Für das Gebiet zwischen der Guerickestraße und der öffentlichen Grünfläche des ehemaligen Kasernengeländes, westlich der ehemaligen Prinz-Leopold-Kaserne und östlich des Bauhofes Ost ist der Bebauungsplan Nr. 193, Guerickestraße (ehemaliges Betonwerk LERAG) im Sinne des § 30 BauGB aufzustellen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus beiliegendem Lageplan vom 24.06.2015 (M. 1:2.000), der Bestandteil dieses Beschlusses ist. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird das Plangebiet als Wohngebiet, öffentliche Grünfläche und Spielplatz festgesetzt.
2. Der Bebauungsplan ist im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) aufzustellen.
3. **Die im Bericht dargestellten Planungsziele, die Bestandteil dieses Beschlusses sind, werden beschlossen. Beiliegendes Entwicklungskonzept ist Grundlage des weiteren Verfahrens.**
4. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen (§ 13 a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BauGB). Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sind im Rahmen einer freiwilligen Informationsveranstaltung darzulegen.
5. Gemäß § 13 a Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BauGB ist ortsüblich, d.h. im Amtsblatt der Stadt Regensburg bekannt zu machen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von zwei Wochen zur Planung äußern kann. Außerdem soll in der örtlichen Presse auf die Öffentlichkeitsbeteiligung hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

zu 4 Fahrradverleihsystem
Vorlage: VO/15/10995/61

Diskussion:

Frau Stadträtin Kunc ist der Ansicht, dass das Fahrradverleihsystem ein weiterer Meilenstein zur Verbesserung des Radverkehrs sei. Den Anteil von 50 % Pedelecs findet sie erfreulich. Die Verleihstationen müssten in der Nähe von Bushaltestellen etabliert werden, um die Attraktivität zu steigern.

Frau Stadträtin Opitz freut sich über die Vorlage. Sie fragt, ob es bereits Erfahrungsberichte aus Kommunen gebe, die bezüglich der Größe und der Geografie mit Regensburg vergleichbar seien. Außerdem interessiert sie, ob es bereits gut funktionierende private Verleihsysteme gebe, damit die Stadt nicht in Vorleistung gehen müsse.

Herr Stadtrat Suttner findet die Vorlage sehr gelungen. Es sei notwendig, das Fahrradverleihsystem in die Tarifierung des RVV einzubinden. Das öffentliche Personennahverkehrsnetz werde verbessert und dadurch sei es möglich, den Individualverkehr zu verringern. Einen Sondertarif für Studierende hält er für sinnvoll.

Eine kostenlose Kurzausleihe, von beispielsweise 30 Minuten, sei zu überlegen. Die ÖDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Herr Stadtrat Riepl hält eine Stationierung der Verleihstellen an den großen Parkflächen wie Dultplatz, Unterer Wöhrd und Dachauplatz für sinnvoll.

Frau Stadträtin Meier informiert, die SPD-Stadtratsfraktion begrüße diese Vorlage. Sie möchte wissen, ob eine europaweite Ausschreibung notwendig sei.

Frau Schimpfermann antwortet, das Stadtplanungsamt stehe im Austausch mit mehreren Kommunen. Es sei geplant, das Fahrradverleihsystem über einen privaten Anbieter betreiben zu lassen. Da es sich um eine Dienstleistungskonzession handle, sei eine europaweite Ausschreibung notwendig. Eine kostenfreie Kurzausleihe sei durchaus möglich, werde aber nicht von allen Betreibern angeboten. Die Standorte, die Dichte und die Anzahl der Fahrräder seien mit dem Betreiber abzustimmen. Als Standorte seien u. a. der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB), der Dachauplatz und der Untere Wöhrd vorgesehen.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß der Sachverhaltsdarstellung dafür Sorge zu tragen, dass im Stadtgebiet baldmöglichst ein Fahrradverleihsystem mit einem Anteil von mind. 50% Pedelecs eingeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig

Schlussblatt

zur Niederschrift

für die Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen
der Stadt Regensburg am Mittwoch, 24.06.2015

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 15:47 Uhr.

die Niederschrift umfasst Blätter.

Regensburg, 24.06.2015

Vorsitz

Schriftführerin

Joachim Wolbergs
Oberbürgermeister

Frau Daniela Jahl
Verwaltungsangestellte